

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Zugpreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim
35 M., auswärtiger Preis 40 M., Kellameile 100 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 151.

Dienstag den 28. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Für die deutschen Kinder.

Das Ergebnis der Kinderhilfe in Berlin.

Die Sammlungen für die „Deutsche Kinderhilfe“ haben in Berlin bisher ungefähr ein Ergebnis von fünf Millionen Mark gehabt, von dem ungefähr 15000 Mark auf die Sammlungen in den Theatern, Konzerten und Hotels entfallen. Über das Ergebnis der Sammlungen in ganz Deutschland konnte man bisher noch kein übersichtliches Bild machen. Es konnte jedoch ein sehr guter Verlauf der Hilfsstätigkeit festgestellt werden.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Sammlungen für die Kinderhilfe keineswegs abgeschlossen sind, sondern daß die Zeichnungsfrist bis zum Ende Januar läuft. Es wird mit einem Gesamtergebnis von 50 Millionen Mark gerechnet. Der Reichspräsident Ebert hat aus seinem Dispositionsfonds 20000 Mark gespendet.

Holländische Hilfe für die notleidenden Kinder in Deutschland.

Eine Anzahl von Damen der angesehensten Kreise Hollands hat vor kurzem im Haag zugunsten der notleidenden Kinder in Deutschland eine Aufführung veranstaltet, die dem guten Zweck eine beträchtliche Summe zuführte. Auch der Prinz der Niederlande war zu der Feier erschienen. Die englische Quäkerin, Frau Evelyn Sharp, die soeben aus Deutschland gekommen war, schilderte in eindrucksvollen Worten die furchtbare Not der unterernährten deutschen Kinder. Das Fest erbrachte einen Reingewinn von 5000 holländischen Gulden, also über 100000 Mark.

Amerikanische Menschenfreunde.

Die Sammlung der amerikanischen Soldaten der Koblenz-Armee, welche für eine Weihnachtsbescherung bedürftiger deutscher Kinder im amerikanischen besetzten Gebiet veranstaltet wurde, hat den Betrag von einer halben Million Mark überschritten. Am Weihnachtstag fand auf Veranlassung der amerikanischen Besatzungsbehörde eine große Weihnachtsfeier in Verbindung mit einer Bescherung der armen und kranken Kinder von Koblenz und Umgebung statt.

Amerikanische Wohltäter.

Die unbefriedigend große Notlage der Kinder in den europäischen Staaten, und nicht zuletzt in Deutschland, hat in den überseeischen Ländern großes Mitleid geweckt. In Amerika, im Norden wie im Süden, hat man große Organisationen ins Leben gerufen, die bereits große Geldmittel aufgebracht und sich um die Verringerung der Not sehr verdient gemacht haben.

Neuerdings hat ein Komitee amerikanischer Damen für unsere Kriegswaisen die Summe von 150000 Mark gesammelt und durch den amerikanischen Gesandten in Berlin der Frau Simons, der Gattin des Reichsministers des Auswärtigen, zur Verteilung zu Weihnachten übermitteln lassen. Die deutsche Regierung hat den hochherzigen Spenderinnen ihren besten Dank auszusprechen lassen und die Verteilung im Sinne der Beher bereits vorgenommen.

Wie dem „New York Herald“ aus New York gemeldet wird, hat der Hilfsausschuß für Mittel-Europa, der die Ernährung der Kinder verbessern will, bei einer einzigen Wohltätigkeitsvorstellung in der Metropolitanoper eine Einnahme von über einer halben Million Dollar erzielt.

Ein reicher Amerikaner, August Hedfchar, hat kürzlich der New Yorker Kinderhilfs-Gesellschaft Werte von vier Millionen Dollar (300 Millionen Papiermark) geschenkt. Der Spender ist deutscher Herkunft und hat seine Laufbahn in Amerika als Kohlenarbeiter begonnen. Dieser Kinderfreund hat bereits ansehnliche Summen zur Verringerung der Kindernot in Österreich und Deutschland hergegeben.

Die päpstliche Aktion für die notleidenden Kinder.

„Observatore Romano“ veröffentlicht einen Bericht über die Verwendung der für die französischen Kinder und die notleidenden Kinder Mitteleuropas vom 28. Dezember 1919 bis zum 20. Dezember 1920 dem Papst zugegangenen Summen, die sich, abgesehen von dem Werte der eingegangenen Kleidungsstücke und Lebensmitteln, auf 15 292 461 Lire belaufen. Deutschland erhielt davon 4 100 689, Österreich 3 654 317, Polen 2 052 000, Ungarn 1 291 000. Die anderen Länder erhielten geringere Beträge. So Nordfrankreich 200 000, Nordwestitalien 265 000 Lire, Südschweden 105 000 Lire. Bis jetzt sind vom Papst 167 476 048 Lire verteilt worden, in denen die Listen der dem Papst zugegangenen Summen und der von ihm persönlich gestifteten 100 000 Lire inbegriffen sind.

Weihnachtspause in Brüssel.

Einzelberichte an die alliierten Regierungen.

Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel wird voraussichtlich in den nächsten Tagen ihre Beratungen abbrechen und erst wieder Mitte Januar in Brüssel zusammenkommen. Die bisherige Verhandlungsmethode soll sich ausgezeichnet bewährt haben. Die Berichte über die Spezialverhandlungen, die die einzelnen dazu

beauftragten amtierten Vertreter oder die deutschen Vorschläge mit der deutschen Delegation geführt haben, sind bereits sämtlich fertiggestellt und werden jetzt in die einzelnen Regierungen als Ergebnis der Konferenz weitergeleitet werden.

Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen?

Die Berichte sind vorläufig noch geheim und sollen erst in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Doch wird bereits von Brüssel die Meinung verbreitet, daß die alliierten Delegierten in ihren Berichten eventuell Vorschläge gemacht haben, die den deutschen Anregungen fast auf allen Gebieten entgegenkommen. So soll z. B. das deutsche Ersuchen, das in Südamerika noch internierte Soldatenmaterial Deutschland zur Verfügung zu stellen, verworfen sein, auch in der Behandlung des feuerwaffen und landwärtlichen Eigentums der Auslandsdeutschen sollen die Alliierten eine entgegenkommende Haltung einnehmen. Was schließlich die monatlichen Ausgleichszahlungen zur Tilgung der Kriegsschulden anbelangt, so hat bekanntlich England bereits vorgeschlagen, das bisherige, für Deutschland äußerst ungünstige Verfahren abzuändern und vorläufig nur in die Prüfung der großen Forderungen einzutreten. Ueber die wichtige Frage der Neistbegünstigung im Handelsverkehr ist noch nichts bekannt geworden. Dagegen sollen die kubanischen Besprechungen über die Feststellung der Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Entschädigung zu einem Ergebnis geführt haben, daß in diesem Falle jeder Höchstbetrag nicht mehr als 100 Milliarden Goldmark betragen soll.

Selbstschutz und Einwohnerwehr.

Eine neue Note an die Entente.

Der Vorsitzende der internationalen Überwachungskommission in Berlin General Rollet hat vor etwa vier Wochen die sofortige Auflösung aller deutschen Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren verlangt. Er begründete diese Forderung damit, daß diese Organisationen militärischen Charakter trügen und geeignet seien, die Mobilmachung zu erleichtern und daher gegen Artikel 178 des Friedensvertrages verstießen. Die deutsche Regierung lehnte diese Forderung grundsätzlich ab, da sie der Ansicht ist, daß die Duldung oder Auflösung solcher Organisationen die keinen militärischen Charakter haben, eine innere Angelegenheit Deutschlands sei. Besonders für Bayern und Preußen hielt die deutsche Regierung die Aufrechterhaltung der Schutzwehren mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse für unbedingt geboten.

Die Kontrollkommission blieb jedoch bei ihrer Ansicht, daß diese Organisationen entgegen der Erklärung der deutschen Regierung einen militärischen Charakter tragen und in einer durch den Friedensvertrag untersagten Verbindung mit militärischen Behörden stehen. Sie richtete daher nochmals an die deutsche Regierung die Aufforderung, sofort mit der Auflösung der Selbstschutzwehren zu beginnen.

Nach längeren Beratungen ist die deutsche Regierung zu dem Entschluß gekommen, die Forderung der Entente als völlig unbegründet zurückzuweisen. In einer neuen Note an General Rollet bestreitet Minister Dr. Simons nochmals entschieden, daß das Bestehen von Selbstschutzorganisationen an und für sich nicht gegen den Friedensvertrag verstößt. Weder in Ostpreußen noch in Bayern bestehen irgendwelche Verbindungen der Einwohnerwehren mit den militärischen Stellen. Die Annahme der Kontrollkommission, daß die kommunistische Gefahr für Deutschland überwunden sei, bedeutet eine völlige Verkennung der Lage.

Der Stand der Entwaffnung.

Ueber das Ergebnis der Entwaffnungsfaktion werden dann in der Note folgende Angaben gemacht:

„Die deutsche Regierung kann daher nur die in ihrer Note vom 9. Dezember ausgesprochene Bitte an die alliierten Mächte wiederholen. Indem sie bittet, diese und die gegenwärtige Note zur Kenntnis der von ihnen vertretenen Regierungen zu bringen, gesteht sie sich, darauf hinzuweisen, daß bis jetzt an Waffen, die nicht Selbstschutzorganisationen gehören, im ganzen 791 Gewehre, Minenwerfer und sonstige Wurfmaschinen, 9133 Maschinengewehre, 1373 750 Gewehre Karabiner und Pistolen abgeliefert und in der Hauptsache auch schon zur Verschrottung gebracht worden sind.“

Außerdem sind auf Grund des Entwaffnungsgeheißes vom 7. August 8404 Maschinengewehre und 801 653 Gewehre angemeldet worden. In diesen Zahlen ist die Bewaffnung der Selbstschutzorganisationen enthalten. Von den so angemeldeten Maschinengewehren ist der weitaus größte Teil ebenfalls bereits abgeliefert und unbrauchbar gemacht worden, und zwar schon vor dem 11. Dezember. Die deutsche Regierung glaubt erwaarten zu können, daß dieses Ergebnis ihres ersten Bemühens Anerkennung findet.“

Die Note schließt mit dem Hinweis darauf, daß die weitere Einziehung der leichten Waffen der Selbstschutzorganisationen im Gange ist. Die deutsche Regierung wird auch weiter alles tun, um die in ihrer

Note vom 9. Dezember angegebenen Termine inne zu halten.

Wie aus Braunschweig gemeldet wird, haben der rechtsstehende Landeswahlverband und die Demokraten im Landtage ausreichende Schutzmaßnahmen der Regierung gegen die steigende öffentliche Unsicherheit insbesondere die Einrichtung von örtlicher Schutzwehren verlangt. Die Regierung erklärt, daß sich eine Vorlage in Ausarbeitung befindet, die die Einrichtung von Schutzwehren für das ganze Land vorsehe.

Wir ersticken in der Rohstoffnot

Wie sollen wir unseren Bergbau hochhalten?

Ein starker Beschleuniger kostet heute 45 Tg.; in Berlin 2 Tg. Das ist die Grundlage, auf der wir unsere Zukunft aufbauen wollen. Wir müssen bauen. Es fehlt uns an Rohstoffen an Wohnungen. Es bleibt uns nichts übrig, als so wenig gut zu wohnen als möglich. Bei dem heutigen Stande der Baumaterialienpreise ist an angemessenes Bauen nicht zu denken. Einmal an die dringendsten Reparaturen. Neubauten auf der Grundlage der heutigen Preise würden eine wenigstens zehnjährige Vertiefung der Kisten verursachen, und die würden für die Bevölkerung auch bei ernsthafter Einschränkung des Raumbedarfs zu teuer werden. Möglich sind sie nur dort, wo es sich um gewerbliche Ziele handelt, die schnell und hoch lohnen. In den weitaus meisten Fällen lohnt heute das Bauen nicht und wird deshalb unterlassen. Selbst den vornehmsten Bauunternehmern geht es dabei zu schnell bei Atem aus.

In der unmittelbaren Einwirkung auf das Wohlbefinden der Bevölkerung ist die Wohnungsfrage, überhaupt die Verteilung von Gebäuden die Hauptsache, wenn vom Bauen die Rede ist. Aber weit über diese Unannehmlichkeiten hinaus ragt die Gefahr, die sich aus der Verhinderung ernsthafter industrieller Anlagen durch die unerschwinglichen Baukosten ergibt. Wir können uns nur wieder emporraffen durch ausgebreitete Arbeit in der allgünstigsten Form. Bisher, vor dem Kriege, waren wir gewohnt, bei den Vorbereitungen für unsere industrielle Werte schaffende Tätigkeit sehr weit auszuholen. J. D. lagen die Pläne bei der Ausführung von Bodenschätzen fast immer Jahrzehnte weit zurück. Von der Absteckung bergbaulicher Felder bis zur Förderung der ersten Erze, des ersten Koks, der ersten Kohle, verging stets ein erheblicher Bruchteil des Menschenlebens. Die Bergbauunternehmer waren gewohnt, — man möchte sagen, mit dem ganzen Fanatismus eines waghalsigen Jägers und Entdeckers! — die einmal gesteckten Pläne weiter zu verfolgen, mochte es kosten, was es wollte.

Die ungeheuren Kohlenlieferungen an die Entente sind versprochen worden in der Erwartung, daß unsere Kohlenwirtschaft sich zum wenigsten auf der gleichen Höhe halte wie bisher. Ein ernsthafter Wiederaufbau unseres gewerblichen Lebens ist nur möglich, wenn der Bergbau sich weiter entwickelt. Es ist ja recht schön und gut, wenn man recht viel Elektrizitätsquellen zu erschließen sucht. Aber trotzdem werden wir von der Kohle abhängig bleiben. Die Mittel für die Anlage neuer Bergwerke haben bisher die Bergbauunternehmer und die ihnen nahestehenden privaten Kreise hergegeben. Der preussische Staat hat sich in geringerem Grade ebenfalls herangehalten, sich aber bei den großen Neuanlagen im nordwestlichen Westfalen bitterböse die Finger verbrannt; was freilich einer Anzahl privatrechtlicher Unternehmungen in gleicher Schärfe passiert ist. Wird jetzt der Bergbau sozialisiert, dann gibt es natürlich keine Bergbauunternehmer mehr, und dann hört überhaupt die Anlage privaten Kapitals im Bergbau auf.

Wenn gebaut werden soll, muß es der Staat tun, und da ist es von Belang, sich einmal über die hieraus entspringende Belastung des Staates klar zu werden. Als alljährliches Minimum der Neubauten muß man, zumal nach dem Darniederlegen der Bautätigkeit im Kriege, künftig mindestens die Anlage für die Förderung von wenigstens fünf Millionen Tonnen Kohlen ansetzen. Hervorragende Banfachleute des Bergbaues haben vor einiger Zeit die Unkosten für Förderanlagen pro Tonne auf 250 bis 300 Mark berechnet. Inzwischen stiegen die Löhne weiter. Heute liegen Schätzungen vor, die mit mehr als 400 Mark rechnen. Bei 300 Mark im Durchschnitt würden also die Anlagen zur Förderung von fünf Millionen Tonnen Kohlen pro Jahr die ungeheure Summe von 1½ Milliarden erfordern.

Natürlich wirkt eine solche Summe den Staat völlig über den Haufen, selbst wenn es irgend einen Finanzkünstler gelingen sollte, den heillos verfahrenen Reichetat in Ordnung zu bringen. Nun hat der Staat ja nach der Sozialisierung die Kohlenpreise vollständig in der Hand, und es wird dann nichts anderes übrig bleiben, als daß die Neuanlagen vollständig auf die Kohlenpreise geschlagen werden. Für die Verbraucher wird das natürlich eine ganz außerordentlich empfindliche Belastung werden.

nie macht allein für den Zentner 80 Pfg. aus, was die Begeisterung für die Sozialisierung nicht gerade hohen ist, zumal alles andere dadurch ja ebenfalls verringert werden wird.

Die Wahrheit über Polen.

Die katastrophale Finanzwirtschaft der Warschauer Regierung.

Seitdem die Wahrheit über die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens in Oberösterreich durchgeleitet ist, hat die Begeisterung der polnischen Oberschicht für Polen bedeutend nachgelassen. Die Vermögensansichten haben sich in Abständen für Deutschland bedeutend geändert. Dieser Wandel ist man sich in Warschau, wo man über die Vorgänge in Oberösterreich immer genau unterrichtet ist, wohl bewusst. Die polnische Presse leuchtet bereits eine Niederlage wie Polen sie weder in Ostpreußen, noch im Deutschen Schlesien, noch in der Danziger Angelegenheit erlebt habe.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Abstimmung wird Polen sich zweifellos die größte Mühe geben, die Oberschleier vor dem Gegenteil zu überzeugen und ihnen die Zukunft in den rosigsten Farben zu schildern, aber alle diese Verschönerungsversuche vermögen die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Polen vor einem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen. Die polnische Saluta steht heute noch bedeutend schlechter als die österreichische und wird an der Pariser Börse nicht mehr notiert. Also selbst die Franzosen, die ihren polnischen Schülern bisher ständig die weitgehende Unterstützung zuteil werden ließen und denen Polen in erster Linie die Rettung vor der Bolschewisten zu verdanken hat, haben das Vertrauen zu der Warschauer Regierung verloren.

Dabei ist Polen ohne jedes Zweifel ein überaus entwickeltes Land, mit guten wirtschaftlichen Grundlagen. Es besitzt, wenn auch nicht in allzu großer Menge, hinreichend Kohlen und Eisen, um seine Industrie vollumfänglich zu beschäftigen, ohne daß es an Oberschleien angewiesen wäre. Dazu besitzt es in eigenen Lande einen überaus günstigen Absatzmarkt. Vor dem Kriege kam der polnische Bauer als Abnehmer für die heimischen Industrieprodukte nicht in Betracht, denn er mußte zu sehr unter der Einfuhr billigen sibirischen Getreides leiden. Jetzt, wo er das Land selbst mit seinen eigenen landwirtschaftlichen Produkten versorgt, ist er rasch zu Wohlstand gelangt und wurde einwilliger Abnehmer.

Trotz dieser überaus günstigen Bedingungen ist der wirtschaftliche Niedergang Polens unaufhaltsam. Die Ursachen liegen einmal begründet in dem finanziellen Unionsgeist der polnischen Imperialisten, die den polnisch-russischen Krieg mit Willig vom Saune gebrochen und auch das Wilsnaabener des Generals Jelligowski verschuldet haben. Die Milliardenausgaben für diese militärischen Aktionen haben einerseits das Defizit des polnischen Staats und die schwebenden Schulden ins Ungeheure gesteigert, andererseits das Wirtschaftsleben völlig zerstört und den Wiederaufbau von Handel und Industrie auf Jahre hinaus in der Entwicklung behindert.

In gleichem Maße wie die militärischen Ausgaben sind auch die Verwaltungsausgaben ständig gestiegen. Der polnische Staat leistet sich ein Beamtenheer von 410 000 Beamten, für die er an Gehältern allein 18½ Milliarden Mark aufbringen muß. Diesen Ausgaben stehen für das Jahr 1920 nur drei Milliarden Mark Einnahmen gegenüber. Allein bei den Eisenbahnen sind dreimal so viel Beamte angestellt, wie in Westeuropa; das Ergebnis ist dementsprechend ein Defizit von 6 Milliarden Mark. Geradezu unerschrocken ist die Verschwendungssucht der Beamten. In Warschau allein gibt es 500 Staatsautos, für die die Steuerzahler bei den teuren Benzinpreisen 500 Millionen Mark aufzubringen haben. Die polnischen Handelsmissionen in Paris verfügen über einen Autopark von 25 Autos und haben mit ihrer üppigen Lebensweise selbst die Kritik der russischen Regierung herausgefordert. Überhaupt hat sich die Warschauer Regierung in der letzten Zeit von ihren Vätern allzuhand bittere Wahrheiten fern halten müssen. Erst vor kurzem hat der französische Ministerpräsident in der Kammer den polnischen einseitigen Rat gegeben, angesichts der katastrophalen Finanzlage, ihren imperialistischen Zielen zu entsagen und sich lieber mit Organisationsfragen zu beschäftigen. Wie berechtigt diese Warnung ist, ergibt sich aus den Statistiken, die der polnische Finanzminister für das Jahr 1921 mitteilt hat. Hiernach belaufen sich die Ausgaben des polnischen Staates in folgenden Jahr auf 80 Milliarden Mark, während er höchstensfalls mit zehn Milliarden Mark Einnahmen rechnen kann.

Daß der polnische Staat bei diesen traurigen Verhältnissen niemals an die Schaffung und den Ausbau von sozialen Wohlfahrtsanstalten und Gesetzerherangehen kann, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Alle diese Dinge sind, wie bereits oben erwähnt, auf zur Kenntnis der oberösterreichischen Bevölkerung gelangt und es ist wohl mehr als selbstverständlich, daß ihn die Wahl zwischen Deutschland und Polen am Tage der Abstimmung jetzt nicht mehr schwer fallen kann.

Was wir zahlen sollen.

265 Milliarden Goldmark. — Verpfändung der Zolleinnahmen und Industriepapiere.

Entgegen den zuverlässigen Meldungen aus B. Affel veröffentlicht die Londoner „Times“ Einzelheiten über den Plan der Verbündeten in Bezug auf den von Deutschland zu leistenden Schadenersatz, die, wenn sie auf Wahrheit beruhen, als alles andere denn als Entgegenkommen der Entente auf die deutschen Vorschläge gedeutet werden müssen. Hiernach soll Deutschland nach den Beschlüssen der Alliierten in Brüssel in ganzen 265 Milliarden Goldmark zahlen, für deren Sicherstellung scharfe Garantie- und Strafmaßnahmen in Aussicht genommen sind.

Diesem Plan zufolge sollen die Zahlungen von 1921 begreifen, und zwar in den ersten fünf Jahren fünf Milliarden Goldmark jährlich, die weiteren fünf Jahre jährlich 6 Milliarden Goldmark und in den folgenden Jahren bis 1961 die übrigen Summen in jährlichen Raten. Wenn die Zahlungen früher erfolgen, so werden Deutschland 8 Prozent Zinsen vergütet, die allmählich bis auf 5 Prozent vermindert werden.

Die Ausgabe einer deutschen Anleihe zwecks Verdringung dieser Schuld wird bewilligt; sie soll durch die Gesamteinkünfte des Reiches und der Einzelstaaten garantiert werden. Jegliche Kreditanträge Deutschlands für seine Länder, Provinzen und Städte bedarf der Genehmigung der Wiederherstellungskommission, welche auch das Recht hat, Aufschub zu bewilligen. Deutschland hat als Bürgschaft für die rechtzeitige Erfüllung dieser Zahlungen Wertpapiere aller Art bis zum Gesamtwerte von fünf Milliarden Goldmark zu hinterlegen. Die Zolleinnahmen werden unter die Kontrolle der Wiederherstellungskommission gestellt. Es sind eine Reihe von Strafmaßnahmen vorgesehen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen würde.

Ob es sich bei den „Times“-Mitteilungen tatsächlich um den Niederschlag der Einzelberatungen der Alliierten Vertreter in Brüssel handelt, läßt sich heute kaum mit Bestimmtheit sagen. Allem Anschein nach werden die Alliierten wieder einmal das von ihnen so beliebte Verfahren an, einen Versuchsballon steigen zu lassen, um sich über die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit zu unterrichten. Schon einmal haben wir dieses Schauspiel — es war nach der Alliierten-Konferenz in Boulogne — erlebt: die Milliardenforderungen der „Times“ können daher heute dem deutschen Volke keinen Schrecken einflößen. Wenn man trotzdem bei Wiederaufnahme der Brüsseler Verhandlungen nach Neujahr ein derartiges Anstehen an unsere Vertreter stellen sollte — was wir übrigens für sehr unwahrscheinlich halten, da ja die endgültige Festsetzung der Entschädigungssumme der Konferenz in Brüssel vorbehalten bleiben soll —, dann dürften die Ententeforderungen wohl ohne weiteres als unüberführbar abgelehnt werden.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der französische Delegierte Chevillon wurde beauftragt, die Möglichkeit von Streichungen im deutschen Budget zu studieren. Diese Maßnahmen sollen sich auch auf Ausgaben erstrecken, die durch den Friedensvertrag bedingt sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, 27. Dezember 1920

— Die Reichsregierung erwägt zur Bearbeitung des Berratalprojektes, welches im Zusammenhang mit dem Mittelstandsanleiheprojekt steht, ein Wahrgang in Thüringen, für das Eisenach als Sitz gewählt ist.

— Die Deutschnationale Volkspartei Köln-Nachdem stellte den früheren Staatssekretär Balla als ersten Kandidaten in den Preußenwahlen auf. Wallraf hat die Kandidatur angenommen.

— Das Meinungs-Verfahren gegen den aus dem Marlob-Prozess bekannten Hausmann v. Jellert ist nunmehr auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt worden.

Locales und Provinzielles.

Deutsche Kinderhilfe.

Bei Durchsicht der uns aus den Gemeinden des Kreises übermittelten Zeichnungsliste für die Deutsche Kinderhilfe haben wir aus der Höhe der gezeichneten Beträge ersehen, daß der Zweck der Sammlung nicht in allen Kreisen erkannt ist. Die Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe soll nicht eine Hauskollekte, wie manche anderen periodisch wiederkehrenden Hauskollekten sein. Sie war vielmehr als eine einmalige außerordentliche Opferung für die Not der deutschen Kinder gedacht. Ueber den maßlosen Umfang dieser Not brauchen wir nicht näheres zu sagen. Sie zeigt sich allenthalben, in größtem Maße naturgemäß in den Großstädten und Industriebezirken; aber auch in unserem Kreise tritt sie erschreckend hervor, wie die seitberigen ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder gezeigt haben.

Große Mittel müssen beschafft werden, um die Not einigermaßen lindern zu können. Das deutsche Volk muß zeigen, daß es nicht nur um Hilfe für seine Kinder stehen kann, sondern daß es gewillt ist, selbst das Opfer zu bringen, daß es zu übernehmen noch in der Lage ist. Vornehmste Pflicht eines Jeden ist es, nach Kräften zu diesem Opfer beizutragen und dabei die heutige Geldentwertung nicht aus dem Auge zu lassen. Daß die Reichen und Wohlhabenden in erster Linie ihre Hand gerade in der Zeit des Festes der Liebe öffnen werden, wird wohl keine trügerische Hoffnung sein. Viel ist im Kreise von den Angehörigen aller Schichten geleistet, nicht alles aber ist offensichtlich getan, was erwartet werden konnte.

Ein erneuter Aufruf ergeht deshalb an alle Kreiseinwohner:

Kinder in Not!

Bitte, beteiligen auch Sie sich an dem Opfer für die große Not der deutschen Kinder und überweisen Sie Ihre Spende an das Konto 10057 bei der Kass. Landesbankstelle in Radesheim.

Für den Ortsausschuß „Rheingau“

Mülhens, Landrat. Kreis, Kreisfürsorgeein.

Geisenheim, 28. Dez. Zu der von der Ortskrankenkasse Radesheim gebrachten Nachricht in der letzten Nummer unseres Blattes wird uns von ärztlicher Seite geschrieben: Die vom Rassenvorstand beschlossene Anstellung von fünf Rassenärzten mit festem Gehalt für den großen Bezirk der Ortskrankenkasse Radesheim bedeutet die Abschaffung der bisherigen freien Arztwahl, bedeutet die Aenderung des jetzigen Arztsystems unter Beiseiteschiebung der bisherigen Rassenärzte. Eine solche Aenderung kann nach den geltenden, von der Ortskrankenkasse Radesheim anerkannten Abmachungen zwischen den großen Krankenkassen und Ärzteverbänden nur durch Entscheidung des Schiedsamts erfolgen.

Geisenheim, 28. Dez. Nachdem durch das Reichs-Abwicklungsamt die Auflösung der Abwicklungsämter angeordnet ist, hat das Reichswehr-Ministerium verfügt, daß alle Ordens-, Ehren- und Abzeichenangelegenheiten, sowie alle Anträge auf Charakterverleihung und Erteilung der Erlaubnis zum Tragen der Uniform und der Ausfertigung auf Anstellung im Zivildienst von den jetzigen Divisionen (früheren Wehrkreiscommandos) weiter zu bearbeiten sind.

Das Abwicklungsamt 18. A. R. gibt daher alle noch nicht bearbeiteten Anträge dieser Art an die 5. Division in Stuttgart ab, die für den Bereich des früheren 18. Armee-korps zuständig ist. Anträge wären also dorthin zu richten. Neue Anträge in Ordens- u. m. Angelegenheiten werden nur noch für Heimkehrer bearbeitet, die nach dem 31. August 1920 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgeführt sind. Anträge auf Charakter-Uniform-, Anstellungsaussicht-Verleihung müssen spätestens am 20. Dezember d. J. bei der 5. Division in Stuttgart eingegangen sein. Die übrigen Restarbeiten des Abwicklungsamtes erledigt nach dessen Auflösung vom 1. 1. 1921 ab die Zweigstelle der Abwicklungsinstandantur des 18. A. R. in Naumburg a. O. Für alle Verpaltungsangelegenheiten bleibt die Korpsbezirksregierung in Frankfurt a. Main zuständig.

Geisenheim, 28. Dez. Die Handelskammer Wiesbaden bringt nachstehende Vorschrift einer Verordnung zur Aenderung der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln (24. 6. 1916) vom 16. 7. 1917 in Erinnerung: „Personen, denen nach § 1 die Erlaubnis zum Handeln erteilt ist, haben auf schriftlichen oder gedruckten Mitteilungen, die sie im geschäftlichen Verkehr versenden, den Tag der Erteilung der Erlaubnis sowie die Stelle zu vermerken, welche die Erlaubnis erteilt hat. Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu M. 1500 — bestraft.“

Geisenheim, 28. Dez. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat zur Bewilligung einmaliger Beschaffungsbeihilfen (Weihnachtspenden) auch in diesem Jahre Mittel zur Verfügung gestellt. Sie sollen an Angehörige

- a) der am 1. November 1920 noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer,
- b) der verkehrten und an diesem Tage noch internierten Zivilpersonen und
- c) der nicht länger als seit dem 1. Mai 1920 vermisten Mannschaften

nur auf Antrag und im Falle wirklicher Bedürftigkeit zur Auszahlung gelangen. Den kreiseingetragenen Angehörigen der in Abtlg. 1 unter a, b und c bezeichneten Personen stelle ich anheim, falls die angegebenen Voraussetzungen bei ihnen bestehen, Anträge umgehend, spätestens bis zum 31. ds. Mts. bei der zuständigen Ortsbehörde zu stellen.

Geisenheim, 28. Dez. Ab 1. Januar 1921 erhalten alle Empfänger von Renten die neben ihrer Rente eine Zulage beziehen, im voraus eine außerordentliche Beihilfe und zwar Empfänger von Invalidenrenten (I) Altersrenten (A), Witwenrenten (W), Witwenrenten (Wk), monatlich vierzig M. Beihilfe, Empfänger einer Waisenrente (O), monatlich zwanzig M. Beihilfe, außerdem die bisherigen Bezüge. Empfänger, deren Zulage mit Ende 1920 wegfällt, haben keinen Anspruch auf die Beihilfe. Besondere Beihilfequittungen sind nicht erforderlich, sondern Rente, Zulage und Beihilfe sind in einer Summe in die Rentenquittung aufzunehmen.

Geisenheim, 28. Dez. Am 1. Weihnachtstagsfesttag im Hochamt brachte der hiesige kathol. Kirchenchor unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Lebrers Burgen, die allseits geschätzte und weithin bekannte Preismesse „Salve Regina“ von Stehle zum Vortrag. Nicht ohne eine gewisse Spannung und Neugierde sah man der Aufführung dieses Meisterwerkes Stehle entgegen, und man kann wohl sagen, man wurde in seiner Erwartung keineswegs getäuscht. Es war kein mechanisches Abfragen von Noten, im Gegenteil, eine ganz eigenartige Wärme und Begeisterung, die in dieser Stunde auch kein noch so großes Opfer scheute, lag in dem Vortrag. Mit tiefem Verständnis für die im Gesang enthaltenen Glaubenswahrheiten wurden die einzelnen Teile unterschiedslos vorgetragen; das zeigte die Beachtung der Feinheiten, die in der Messe in Menge enthalten sind. Daher auch der tiefe Eindruck, den der Gesang bei allen Zuhörern hinterließ. Der Dirigent kann mit einer solchen Befolgung der Stimmen, überhaupt mit einem solchen Chor recht zufrieden sein. Der Chor hat am 1. Feiertag eine hohe Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt. Einem Chor, Damen wie Herren, der schon bei den Übungen viel Opfer bebracht hat, kann man nur wünschen: möge er weiter wachsen, blühen und gedeihen! Besondere Anerkennung verdient auch das Orchester, dessen Mitglieder vielfach aus den umliegenden Ortschaften herbeigezogen waren, um diese Feier verschönern zu helfen. Man merkte aus dem Spiel, hier waren Männer an der Arbeit, die ihr Instrument vollkommen beherrschten, die mit dem Instrument lebten und Seele in das Instrument hineinlegten. Es lag etwas Weibvolles in ihrem Spiel, das die Zuhörer zur Andacht stimmte. Wähten doch diese Meister in der Instrumentalmusik uns nicht zum letzten Male besucht haben und noch öfters uns durch diese gerade herrliche Musik erfreuen. Sie werden stets eine dankbare Zuhörerschaft finden.

Geisenheim, 28. Dez. Die nächste Mitglieder-Versammlung des Kaufmännischen Vereins Mittel-Rheingau findet am Mittwoch den 29. Dezember, abends 6½ Uhr im Hotel „zur Linde“ in Geisenheim statt. Zur Besprechung gelangt die „Neuregelung des Kaufmännischen Lehrlingswesens“ worauf insbesondere die selbstständigen Kaufleute aufmerksam gemacht werden.

Einjahrsbriefverkehr. Beim Geranngehen des Jahreswechsels ist wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß es sich dringend empfiehlt, die Jahresbriefe für Renjahrsbriefe nicht erst am 31. Dezember, sondern schon früher zu kaufen, damit sich der Schalterverkehr an dem genannten Tage ordnungsmäßig abwickeln kann. Auch ist es unter den obwaltenden Verkehrsverhältnissen von Wichtigkeit, daß die Renjahrsbriefe frühzeitig aufgeschickt werden, und daß nicht nur auf den Briefen nach Großstädten, sondern auch auf Briefen nach Mittelstädten die Wohnung des Empfängers angegeben werde.

Wichtiges Porto zu Renjahr für Bildpostkarten. Der „Schulverband für die Postkarten-Industrie G. B.“ macht darauf aufmerksam, daß zu Renjahr zum Druckporto von 10 Pfg. Ansicht- und Bildpostkarten, Besuchskarten mit handschriftlichen Zusätzen versandt werden können, die den Namen, Stand, Wohnort, nicht Wohnung des Absenders, sowie außerdem höchstens fünf Worte enthalten dürfen, in denen gute Wünsche, Glückwünsche oder andere Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht werden.

Ächtung, Verjährung! Bevor das alte Jahr zu Ende geht, sollte kein Geschäftsmann veräumen, die alten Forderungen, die er hat, zu prüfen und sie nötigenfalls vor der Verjährung zu schützen. Sorge man daher rechtzeitig dafür, daß Verger und Verluste vermieden werden. Das Gesetz kennt eine zweijährige, vierjährige und dreißigjährige Verjährung. Darunter z. B. verfahren erst in dreißig Jahren, rückständige Zinsen davon, auch Renten und Provisionen, aber schon in vier Jahren, ebenso rein geschäftliche Forderungen zwischen Fabrikanten, Engroshändlern usw. und Kleinhandlern oder Wiederverkäufern oder solchen, welche die Ware weiterverarbeiten. In schon zwei Jahren verfahren alle Forderungen der Kaufleute, Gewerbetreibenden, Handwerker usw. ihren Privatfunden gegenüber, auch die Forderungen der Ärzte, der Anwälte, der Angestellten usw. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß man keineswegs in allen Fällen gleich mit Klagen und Prozessen oder einem Zahlungsbefehl vorgehen braucht. Es genügt vollständig zur Unterbrechung der Verjährung, wenn der Schuldner die Forderung schriftlich, wenn auch nur brieflich, anerkennt. Mahnungen nützen gar nichts, selbst wenn sie durch einen Rechtsanwalt erfolgen. Das Gesetz bezweckt mit den Verjährungsfristen nichts anderes, als zu vermeiden, daß noch nach langen Jahren prozessiert wird, weil es dann unendlich schwieriger ist, die Verhältnisse zu klären und etwaige Einwände zu prüfen. Liegt aber ein Anerkenntnis vor, dann ist ein Streit von vornherein ausgeschlossen. Aber man darf nicht vergessen, daß auch ein Anerkenntnis verjährten kann. Ein gerichtliches Anerkenntnis oder eine Verurteilung verfährt freilich erst nach 30 Jahren, ein einfaches schriftliches Anerkenntnis aber schon nach zwei Jahren, und zwar in diesem Falle nicht erst vom Ende des Jahres angerechnet, sondern von dem Datum des Anerkenntnisses an!

Aus dem Rheingau. 24. Dez. Dem Aufruf, den armen, noch in verschiedenen Kriegslazaretten — wie in Mainz, Wiesbaden und Eltville — liegenden Kriegsinvaliden durch eine freundliche Weihnachtsbesuche zu Hilfe zu kommen, wurde in allen Orten des Rheingaus mit größter Bereitwilligkeit entsprochen und konnten aus etlichen Dörfern recht ansehnliche Sendungen dorthin abgeliefert werden. Und war gerade dieser Umstand, daß die Gaben persönlich übergeben werden konnten, ein Beweggrund, daß sie recht gern und reichlich gegeben wurden, weil die Gewähr damit vorlag, daß sie an die rechten Stellen kamen. Dann war aber auch die persönliche Ueberbringung für die armen Invaliden selbst eine große Freude, insofern sie daraus ersehen konnten, wie innigen Anteil das Volk an ihren Leiden nimmt und wie es bedacht ist, durch wertvolle Liebesgaben den Barmherzigen auf ihre Wunden zu legen. Gewiß, je lieblicher die Sonne christlicher Caritas nach und nach in die dunklen Winkel des Leides und der Sorgen hineinscheint, desto eher werden die alten Kriegswunden und der Gram düsterer Verbittertheit in den Herzen wieder heilen; und wo das Vertrauen wieder geschwunden, kann nur die Liebe allein noch heilen.

Mittelheim. 23. Dez. Unter dem Vorsitz des Rentmeisters Köglers fand im Rathsman'schen Saale eine Ausschusssitzung des Rheingauer Weinbauvereins statt. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten ernannte die Versammlung den bisherigen langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Herrn Landesökonomierat Ott, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hatte, in Betracht seiner großen Verdienste um den „Weinbau-Verein“ zum Ehren-Vorsitzenden.

Aus Stadt und Land.

Unter Juchaz der Kaiserin. In Berlin waren am Donnerstag Gerüchte von dem Tod der früheren Kaiserin verbreitet. An den zuständigen Stellen in Berlin und Potsdam ist jedoch keine Verstärkung der Gerüchte eingetroffen. Allerdings wird berichtet, daß der Zustand der Kaiserin sehr ernst ist und daß ein möglicher Tod freilich bei der Natur des Leidens der

Kaiserin nicht ausgeglichen ist. Der letzte Krankheitsbericht besagte, daß die Blutstauung in den verschiedenen Organen durch die immer langsamer und schwächer werdende Herzstätigkeit wachse.

Ein Gut in Flammen. Das weit über das Vogtland bekannte Muzergut Hermannshof in Wernersgrün ist in Flammen gelegt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Die gesamten Speicher, Scheunen und Wohnungen, viele Tausend Buntner Getreide, Heu und Stroh sind ein Haub der Flammen geworden. Das Gut lieferte wöchentlich 3000 Liter Milch.

Die Weihnachtsbeihilfe für die Berliner Arbeitslosen. Die von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Kommission zur Beratung der Anträge betr. Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen beauftragte einen dreigliedrigen Ausschuss, mit der Regierung über die Forderungen der Gewerkschaften zu verhandeln. Sollte die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften näher treten, dann sollen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen, sofort ein Gesuch — d. h. den Anteil der Gemeinde — der von der Regierung bewilligten Summe an die Arbeitslosen zur Auszahlung zu bringen.

Flucht aus polnischer Gefangenschaft. Auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens über den Gefangenenaustausch sind am 20. ds. Mts. in Stenisch wiederum 27 deutsche Reichsangehörige in Austausch gegen polnische Staatsangehörige den deutschen Behörden übergeben worden. Die ausgetauschten Deutschen waren zum Teil in Dombie bei Kralau interniert gewesen. Dank den Bemühungen des polnischen Staatskommissars für Gefangenenaustausch konnte der Austausch dem Wunsch des Auswärtigen Amtes entsprechend noch vor Weihnachten stattfinden.

Die Waffenabgabe in der Provinz Hannover. hat nach amtlicher Mitteilung folgendes Ergebnis gehabt. Es sind abgegeben worden: 331 Maschinengewehre, 26 470 Gewehre, Karabiner und Handgranaten, 3043 Armeerevolver und Pistolen, 1826 Handgranaten, ferner eine größere Anzahl Gewehrteile und Verschleißteile, sowie an Munition aller Art 1004 858 Stk.

Millionendiebstahl in der Wiener tschechoslowakischen Gesandtschaft. Mittwoch nacht sind Einbrecher in die tschechoslowakische Gesandtschaft im Chamberlain-Palais in der Penzingerstraße eingeschlichen und haben eine eiserne Kasse erbrochen und ihren Inhalt im Betrage von 10 1/2 Millionen österreichischer Kronen geraubt. Die Täter sind im Schutze der Dunkelheit entkommen.

Zunehmende Sterblichkeit in Wien. Meldungen aus Wien besagen, daß dort die Zahl der Todesfälle in der letzten Zeit betrübend ansteigt. In der 45. Woche dieses Jahres waren 399 Lebendgeburt gegen 510 Todesfälle zu verzeichnen.

Meine Nachrichten.

* Die Beschränkung, wonach für den Verkehr aus und nach fremden Ländern Postaufträge und Nachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen vorübergehend nur bis 100 Mark oder den Gegenwert von 100 Mark zugelassen waren, ist aufgehoben.

* Auf der Eisenbahnstrecke Hamm-Dortmund bei der Ueberführung der Eisenbahn über die Datteln wurde ein Personenzug in eine Schafherde. 31 Schafe wurden getötet.

* In Stargard erschoss der Schlosser Holst seine Braut, die Buchhalterin Wind, und ihre Mutter in ihrer Wohnung. Der Mörder ist hängig.

* In Drensfurt in Ostpreußen starb die Pfarrerswitwe Dina Simon, geb. Wehl, im hohen Alter von 106 Jahren.

* In Josenburg bei Rattowitz wurden in der Wohnung eines Wächters beim polnischen Plebiszitkommissariat in Rattowitz einige Tausend Infanteriepatronen und eine größere Anzahl Bänder für Handgranaten beschlagnahmt.

* Der 25-jährige Mediziner Rubelli in Wien hat gemeinsam mit seiner Geliebten, der 20-jährigen Beamtin Alvine Feigel, Selbstmord durch Vergiften begangen.

* Der amerikanische Multimillionär John Rockefeller wird wegen falscher Steuerangaben verfolgt.

Geschäftliches.

Abbau der Kalipreise ist nicht zu erwarten. Gegenüber den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die je nach der Art um das acht- bis zehnfache gestiegen sind, haben die Kalipreise nur eine Steigerung um das fünf- bis sechsfache erfahren. Sie sind daher nach wie vor das billigste aller Kunstdüngemittel, ein Sparen an der Kalidüngung demnach — ein Sparen am unrechten Orte. Richtige und reichliche Düngung mit Kalisalzen stärkt den Halm erhöht den Ertrag an Körnern und Röhren und macht die Pflanze gegen Krankheiten widerstandsfähig.

Neueste Nachrichten.

TU Breslau. 28. Dez. Auf dem Flugplatz tagte gestern eine Arbeitslosenversammlung, die von der kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war. Nach Schluß der Versammlung bildeten die Teilnehmer einen Zug um nach dem Rathause zu ziehen, trotzdem der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutz des Rathauses aufgestellte Polizei an. Nachdem die Polizei Schreckschüsse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückprallende Kugeln wurden einige Personen verwundet; einer der Verletzten ist an den Folgen eines erhaltenen Brustschusses inzwischen verstorben. Zwei andere Personen wurden gleichfalls schwer verletzt, darunter einer gleichfalls mit einem Brustschusse. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe, ein Pferd durch Messerstiche verletzt.

TU Dresden. 27. Dez. Wirtschaftsminister Schwarz wird nächste Woche nach Holland und Belgien reisen, um die wirtschaftlichen Beziehungen Sachsens fester zu knüpfen und zu versuchen, die Behebung der Industrie Sachsens mittels ausländischer Aufträge, evtl. auch aus anderen Ländern als den besuchten, zu erreichen. Ministerialdirektor Allen wird von seiner Reise, die demselben Zwecke diene, nächste Woche zurückkommen.

TU Basel. 28. Dez. In der französischen Kammer setzte der eben abgetretene Kriegsminister Lefevre die Gründe seiner Demission auseinander. Dabei bewies er zahlreich, daß die Deutschen über ihr Kriegsmaterial aller Art falsche Angaben gemacht hatten. Sie behaupteten z. B. gegen 30 000 Maschinengewehre gehabt zu haben und hatten in Wirklichkeit über 150 000. Ueberall ist Kriegsmaterial versteckt. Man findet aber nicht alles. So will Lefevre wissen, daß Deutschland einige Exemplare von zwei ganz neuen Maschinengewehrmodellen habe, von denen aber kein einziges gefunden werden konnte. Auch eine neue Feldkanone haben die Deutschen, von der man indessen nur ein Versuchsgeschütz gefunden habe. Lefevre will nicht, daß sein Land von Deutschen und Russen übersallen werden könne. Er will, daß Frankreich gegenüber einer Gefahr, die Lefevre als dringend ansieht, gewappnet bleibt. Lieber schwere militärische Lasten tragen, als untergehen!

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Rheinische Volksbank Geisenheim

e. G. m. b. H.

Geschäftsstellen in Oestrich und Hallgarten i. Rhg.
Reichsbank-Giro-Konto. — Postscheckkonto Nr. 492 Frankfurt a. M.
Fernsprecher Nr. 60 Amt Rüdesheim a. Rh.

Geschäftszweige:

Annahme von Spareinlagen von jedermann, Verzinsung je nach Kündigung. — Konto-Korrent- u. Scheckverkehr. Vermögensverwaltungen. — An- und Verkauf von Wertpapieren. — Umwechslung von Zinsscheinen u. Sorten. — Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. — Diskontierung von Wechseln. — Gewährung von Vorschüssen und Krediten gegen Sicherheit. — Die neuesten Börsenberichte liegen an unserem Kassenschalter für jedermann zur Einsicht offen.

Für die uns anlässlich unserer :: Silbernen Hochzeit ::

erwiesenen Aufmerksamkeit sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Martin Fröhlich u. Frau
Anna geb. Kees.

Geisenheim, 28. Dez. 1920.



Gesangverein Liederkrantz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Vollständiges und pünktliches Erscheinen erforderlich.
Der Dirigent.

Zu Haus- Schlachtungen

empfehlen sich
Phil. Wunderle
Lounstr. 2.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel
wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Deutsch-Demokratische Jugendgruppe

Geisenheim a. Rh.
Am Mittwoch den 5. Jan. 1921, findet abends um 7 Uhr im Versammlungsort der Jugendgruppe Binkel ein:

Kreisparteitag der demokratischen Jugend des Rheingaus statt.

Tagesordnung:

1. Bericht ab. den letzten Kreisvertretertag, den Bezirksparteitag u. den Provinzialparteitag.
 2. Stellung der Jugendbewegung zur Partei.
 3. Gründung eines Kreisvereins.
 4. Zukünftige Ausbreitung der Organisation.
 5. Vorschlag der sich aus 3 ergebenden Wahlen.
 6. Briefelesen.
 7. Die kommenden Wahlen.
 8. Vorbereitung der Feiertage des deutschen Einheitsstaates am 18. Januar 1921.
- Unsere Mitglieder werden dringend ersucht, an diesem wichtigen Parteitag zu erscheinen. Der Vorstand

Stenographen-Berein „Gabelberger“

Geisenheim a. Rh.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Unterrichtsstunde

für Anfänger in der hiesigen Gewerbeschule

Stenographen-Berein „Stolze-Schren“

Geisenheim a. Rh.
Montag und Mittwoch
Abend 7 Uhr:
Anfänger-Unterricht.

Wittwoch Abend 8 1/2 Uhr:
Arbeitsabend

für die aktiven Mitglieder in der Gewerbeschule.

Um vollständiges Erscheinen bittet Der Vorstand.

1. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Abend 8 Uhr im Vereinslokal (Frankf. Hof)
**Vorstands- und
Spielausschuss-Sitzung.**
Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorsitzende.

Bürger-Gesellschaft Geisenheim a. Rh.

Wittwoch den 29. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthaus Kränzel:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Ausstellung neuer Mitglieder, Besprechung Wintervergnügen, Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Die Turnhalle ist wieder frei und findet heute Dienstag Abend Turnstunde statt.
Der Turnwart.

Morgen Mittwoch Abend 8 Uhr:

Vorstands- u. Komitesitzung bei Franz Hartmann, Betsstr.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Ober

Wittwoch Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Der Dirigent

Gallensteinleibende

wollen wegen ihrer ganz schmerzhaften Mittel sofort bei mir auftragen. Auskünfte gerne und kostenfrei nur Rufnummer erwünscht.
Johannheiser Esburg, 6. 60.
Mühlberg a. Elbe.

Bekanntmachung.

Die Brothkarten

für das nächste Halbjahr werden am Mittwoch den 29. d. Mts. in nachstehender Reihenfolge im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Für die Lebensmittelkarteninhaber der Nr. 1-80 391-460 745-810 von 9-10 Uhr
81-160 461-540 811-860 10-11
161-240 541-620 861-940 11-12
241-310 621-680 941-990 2-3
311-390 681-744 991-1034 3-4
1101-1230 1

Das Publikum wird dringend ersucht, zur Vermeidung von Störungen sich genau an der vorgeschriebenen Reihenfolge zu halten.

Die alten Lebensmittelkarten sind vorzulegen und haben die bisherigen Empfänger von Zusatzbrot die alten Zusatzbrotkarten bei der Empfangnahme der neuen vorzulegen; denn nur daraufhin können diese ausgegeben werden.

Die Bäckerkarten sind dem Bäcker, bei welchem das Brot das Halbjahr hindurch bezogen werden soll, nach gewissenhafter Ausfüllung des Namens und der Lebensmittelkarten-Nummer, sowie des Namens der Bäcker (mit Ginte) bis spätestens Samstag den 1. Januar 1921 abzugeben.

Den Bäckern wird zur Pflicht gemacht, Karten mit unvollständigen Namen und ohne Lebensmittelkartennummern zurückzuweisen, da sie sonst eine regelrechte Aufstellung der Kundenliste nicht vornehmen können. Die Kundenlisten sind bis Dienstag den 4. Jan. 1921 im Wirtschaftsamt abzuliefern.

Die Bezücker von Arankenmehl wollen dasselbe nicht wie früher bei Bäcker Franz Bernd, sondern für das nächste Halbjahr bei Bäcker Philipp Abt in Empfang nehmen.

Geisenheim, den 22. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 30. ds. Mts. gelangen die Lebensmittelkarten in folgender Reihenfolge zur Ausgabe:

Für die Inhaber der Lebensmittelkartennummern:
1-150 391-530 751-850 von 9-10 Uhr
151-300 531-600 851-960 10-11
301-390 601-760 961-1034 11-12

Bei dem Empfang der Karten sind die alten Lebensmittelkarten vorzulegen.

Von Dienstag den 6. Januar an kommen in den Kolonialwarenhandlungen je Person

400 Gramm Kochmehl

(Rest der Dezemberlieferung) zum Preise von Mk. 5.— das Pfund zur Verteilung.

Abgetrennt wird Feld 1 der Lebensmittelkarte. Vorlage der Karten am 30. und 31. d. Mts.

Die Händler haben die Abschnitte bis Montag Vormittag 10 Uhr im Wirtschaftsamt vorzulegen und Säck für Reste mitzubringen.

Geisenheim, den 27. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die französischen Unterrichtsstunden, welche unter der Leitung des Sprachlehrers Herrn Blancher stattfanden, werden in Geisenheim am Dienstag Abend den 4. Januar 1921 wieder beginnen.

Bekanntmachung.

Wegen des bevorstehenden Jahresabschlusses bitten wir unsere Lieferanten, sämtliche noch ausstehende Rechnungen, einschließlich Dezember 1920, spätestens bis 5. Januar 1921, einzureichen. Den Rechnungen ist der Bestellzettel beizufügen.

Rheingau Elektrizitätswerke

Aktien-Gesellschaft —
Elstville am Rhein.

Auch nach den Festtagen

haben Sie Gelegenheit
billige Möbel zu kaufen

Landstr. 74 Geisenheim „Stolperer“

Große Auswahl in Möbeln und
sonst. Gebrauchsgegenständen aller Art.

Englische Decken

in schönen Farben wieder eingetroffen.

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim
Weinstraße 5.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter
Gretchen mit dem Bergwerks-
direktor Herrn Ernst Buchholz
beehren sich ergebenst anzuzeigen

Aug. Hauss u. Frau
Nettchen geb. Viehof.

Korschenbroich, Weihnachten 1920.

Gretchen Hauss
Ernst Buchholz
Verlobte.

Korschenbroich Nürnberg
Weihnachten 1920.

KALISALZE

sind nicht teurer geworden

sondern

billiger

denn
für 10 Ctr KAINIT

gab der Landwirt
VOR dem Kriege
gibt er
heute
nur



Kartoffeln

beziehungsweise deren Wert in Geld

Ratschläge über Bodenbearbeitung und richtige Düngung
erteilt kostenlos die
Landwirtschaftliche Anstaltsstelle des Deutschen
Kalischindikats G. m. b. H., Köln a. Rh., Richardstr. 10.

Opern- und Schauspiel-Haus

Direktion: Haas-Graef.

Sonntag den 2. Januar 1921, abends 8 Uhr
im „Deutschen Haus“ zu Geisenheim

Neuheit!

Neuheit!

„Dorf ohne Glocke“

Operette in 3 Akten von Willh. Künecke.

Musikalische Leitung: Heins Meletta. Regie: Dir. Max Haas.

Nachm. 4 Uhr:

Nachm. 4 Uhr:

„Rotkäppchen“

Grosses Kindermärchen in 3 Bildern von Rob. Birkner.

Eintrittspreise:

I. Platz (num.) Mk. 6.—. II. Platz (num.) Mk. 4.50. Galerie Mk. 3.50.

Vorverkauf: in Geisenheim in den Buchhandlungen P. Hillen und
W. A. Ostern, Cigarrengeschäft Mart. Simon, Friseur
Jean Reutershan, sowie eine Stunde vor Beginn an der
Kasse.

Kath. Jünglingsverein Geisenheim.

Sonntag den 2. Januar 1921, abends 7 1/2 Uhr,
im „Hotel Germania“

Weihnachts-feier

wozu die Eltern und Geschwister unserer Mitglieder, alle
Freunde und Gönner unseres Vereins recht herzlich ein-
geladen sind.

Der Vorstand.

Karten sind zu haben in der Buchhandlung Peter
Hillen, in der Kolonialwarenhandlung von A. Warzelhan
und bei den Mitgliedern.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Ubschlag

Prima

Gehr. Kaffee

p. Pfund 27, 30, 32 Mk.
Warenhaus Kittel.

Geisenheim

Breitstr. 2 Telefon 161.

Fabrik sucht tüchtige
Aufkäufer

von gepresster und flüssiger
Weinlese gegen hohe Pro-
vision.

Angebote unter FL 4903
an die Geschäftsstelle.

Verloren

schwarz-brauner Damenpelz
am zweiten Weihnacht-
feiertag auf dem Wege von
Johannisberg nach Geisen-
heim. Gegen hohe Be-
lohnung abzugeben

Geisenheim, Rheinstr. 5.

5000 Mark

Mündelgeld auf 1. Hypothek
zu 3% sofort auszuleihen.
Nab. in der Geschäftsstelle.

Weinbergs- Pfähle!

Imprägnierte u. typanisierte,
sowie auch Stiele, 1,50,
1,75, 2 Mtr. lang, Pfähle
u. Baumstübe in allen
Längen und Dicken bis zu
4 Mtr., alles imprägniert,
billigst.

Verkauf ab Lager geg. Kaffe.

G. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann.
Kirchstr. 18. Telef. 198.

Ubschlag

Feinste

Süßrahm-Margarine

los und in Paketen

per Pfund Mk. 15.—

Warenhaus Kittel
Geisenheim

Breitstr. 2 Telefon 161.

Neueholl. Salzheringe

Kieler Bücklinge

Lachs-Bücklinge u.

Holländer, Tilfiter u.

Camembert-Käse

ff. Süßrahm-Margarine

ff. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Südfrüchte

Obst und Gemüse.

Frau A. Rothhaupt

Marktstraße 4.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Wir machen hierdurch gest. darauf auf-
merksam, daß wir augenblicklich

Nüsse

schlagen und noch jedes Quantum gut getrock-
neter Aufkerne zum Schlagen entgegennehmen.

Gebrüder Peter, Delmühle,
Johannisberg.